



Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.  
Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler  
Frauenbüros und Gleichstellungsstellen  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Stadt Erfurt  
Dezernat 06 Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe  
Dr. Tobias J. Knoblich  
per Email

Berlin, den 25.03.24

## **Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen zur sexuellen Belästigung am Theater Erfurt und der fristlosen Kündigung von Frau Witzmann**

Sehr geehrter Herr Dr. Knoblich,

Sie haben sich schriftlich an die Gleichstellungs-  
beauftragte der Stadt Hattingen als Reaktion auf die  
Berichterstattung des MDR am 08.März 2024 gewandt  
und sich zu dem Fall der Gleichstellungsbeauftragten  
und den Vorwürfen sexueller Belästigung am Theater  
Erfurt geäußert.

Ihre Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen  
bezüglich der Tätigkeit einer kommunalen  
Gleichstellungsbeauftragten sind aus unserer Sicht nicht  
nur unvollständig, sondern stellen auch eine Verzerrung  
der Tatsachen dar und widersprechen dem Thüringer  
Gleichstellungsgesetz.

Dies gilt insbesondere für Ihre Ausführungen zur  
Öffentlichkeitsarbeit. Sie gehen davon aus, dass die  
Öffentlichkeitsarbeit das vorrangige Ziel verfolgt, mit  
Informationsmaßnahmen das Image und den Ruf der  
Kommune positiv zu gestalten. In Bezug auf die konkrete  
Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten  
vertreten Sie die Ansicht, dass diese im Rahmen der  
Öffentlichkeitsarbeit den Auftrag verfolgen soll, über ihre  
Tätigkeit Auskunft zu geben, auf Gleichstellungsarbeit  
aufmerksam zu machen - und sich im Übrigen die

### **Bundessprecherinnen**

#### ☐ **Luisa Arndt**

Stadt Minden  
0571 89303  
l.arndt@minden.de

#### ☒ **Katrin Brüninghold**

Stadt Hattingen  
023 242043010  
k.brueininghold@hattingen.de

#### ☐ **Kerstin Drobick**

Bezirksamt Mitte von Berlin  
030 901830248  
kerstin.drobick@ba-mitte.berlin.de

#### ☐ **Juliane Fischer-Rosendahl**

Bezirksamt Spandau von Berlin  
030 90279301  
j.fischer-rosendahl@ba-spandau.berlin.de

#### ☐ **Katja Henze**

Stadt Weißenfels  
03443 370466  
gleichstellung@weissenfels.de

#### ☐ **Ulrike Königsfeld**

StädteRegion Aachen  
0241 51982460  
ulrike.koenigsfeld@staedteregion-aachen.de

#### ☐ **Maja Loeffler**

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin  
030 902932050  
maja.loeffler@ba-mh.berlin.de

#### ☒ **Dr. Marie-Luise Löffler**

Stadt Heidelberg  
06221 5815520  
marie-luise.loeffler@heidelberg.de

#### ☐ **Konstanze Morgenroth**

Landkreis Leipzig  
03433 2414100  
konstanze.morgenroth@lk-l.de

#### ☐ **Christel Steylaers**

Stadt Remscheid  
021 91162257  
christel.steylaers@remscheid.de

#### ☐ **Silke Tamm-Kanj**

Stadt Würselen  
02405 671800  
silke.tamm-kanj@wuerselen.de

#### ☐ **Anja Wirkner**

Landratsamt Nürnberger Land  
09123 950655  
a.wirkner@nuernberger-land.de

#### ☐ **Elke Quandt**

Stadt Wolgast  
03836 251122  
elke.quandt@wolgast.de

#### ☐ **Sahra-Schirin Vafai**

Kolpingstadt Kerpen  
02237 58256  
sahra.vafai@stadt-kerpen.de

#### ☐ **Angelika Winter**

Stadt Trier  
0651 9506055  
angelika.winter@trier.de



Öffentlichkeitsarbeit der Gleichstellungsbeauftragten wohl nur auf die Schaffung eines positiven Images für die Stadt beziehen soll.

Die Zuständigkeit und Kompetenzen von Gleichstellungsbeauftragten sind im Landesrecht geregelt. Trotzdem vertreten Sie die Auffassung, dass eine Gleichstellungsbeauftragte lediglich in der positiven Darstellung der Kommunalverwaltung und ihrer Tätigkeiten in der Stadtgesellschaft, in der sie arbeitet, agieren kann. Kritische und nicht auf das positive Image der Stadt bedachte Äußerungen sind demnach nicht vorgesehen.

Dies entspricht aus unserer Sicht weder dem Auftrag noch der täglichen Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten in einer Kommune. Es ist die Aufgabe von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten geschlechtsspezifische Diskriminierung sichtbar zu machen und abzubauen. Insbesondere im Themenfeld sexueller Belästigung am Arbeitsplatz bedeutet das, auf Missstände aufmerksam zu machen und die Betroffenen zu beraten und zu begleiten. Es ist demnach dezidiert nicht ihre Aufgabe, positive Imageförderung mit zu betreiben.

Darüber hinaus betonen wir nochmals, dass eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Thüringen nach dem dort geltenden Gleichstellungsgesetz (ThürGG) innerhalb ihres Aufgabenfeldes weisungsfrei agiert.

Ihren Äußerungen hierzu entnehmen wir, dass Sie die Auffassung vertreten, dass eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Thüringen nur fachlich weisungsfrei, aber ansonsten Teil einer hierarchischen Struktur innerhalb der Verwaltung ist. In diesem Sinne verfolgen Sie den Ansatz, dass eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte nur im Zusammenwirken mit der Dienststelle agieren darf. Dies gelte auch für Pressemitteilungen, die innerhalb der Stadt Erfurt durch die Pressestelle zu erfolgen haben.

Die kommunale Gleichstellungsbeauftragte hat jedoch nach § 23 Absatz 2 Nr. 8 ThürGG das Recht, sich öffentlich zu äußern. Darüber hinaus agiert sie laut § 23 Absatz 1 Satz 4 ThürGG weisungsfrei. Sie ist deshalb nach unserer Auffassung ausdrücklich **nicht** verpflichtet, Äußerungen gegenüber der Presse mit der Pressestelle der Stadtverwaltung vorher abzuklären, da sich ihre Weisungsfreiheit auch auf die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit bezieht.

Im vorliegenden Fall hat nach unserem Kenntnisstand die Pressestelle eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit verweigert. Eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Thüringen hat hingegen per se ihren amtlichen Auftrag unabhängig von der Haltung einer Stadtverwaltung umzusetzen.

Darüber hinaus ist es für Betroffene von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz von entscheidender Bedeutung, dass kommunale Gleichstellungsbeauftragte ihre Interessen schützen und unterstützen, auch wenn dies gegebenenfalls zu Konflikten mit der Dienststelle führen kann. Kommunale Gleichstellungsbeauftragte wie Frau



Witzmann spielen daher eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung von Diskriminierung und sexueller Belästigung. Ihr Handeln sollte aus diesem Grunde nicht in Frage gestellt und öffentlich diskreditiert, sondern vielmehr unterstützt und gefördert werden.

Wir können nicht nachvollziehen, wie Sie vor diesem Hintergrund von einem „Opfernarrativ“ sprechen, das von Frau Witzmann medial konstruiert wird. Dem treten wir entschieden entgegen und sehen darin eine Opfer-Täter-Umkehr.

Frau Witzmann hat aus unserer Sicht mutig und entschlossen gehandelt, um die Interessen der Betroffenen sexueller Belästigung zu vertreten und für Gerechtigkeit einzutreten. Anstatt ihre Rolle und Integrität anzuzweifeln, sollten Sie die Betroffenen und die wichtige Arbeit einer kommunalen Gleichstellungsbeauftragten unterstützen.

Die extreme Diskrepanz zwischen der Behandlung des Intendanten Guy Montavon und der ehemaligen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zeigt aus unserer Sicht eindeutig, dass es der Stadt Erfurt in diesem Falle nicht um die Belange und den Schutz der Betroffenen von sexueller Belästigung, sondern um andere Interessen geht. Es liegt die Vermutung nahe, dass es der Stadt wichtiger ist, den Intendanten zu schützen und das positive Image der Stadt zu wahren. Nur so ist zu erklären, dass Frau Witzmann durch die fristlose Kündigung von einem Tag auf den anderen ihre finanzielle Lebensgrundlage entzogen wurde, während Herr Montavon bis zum Ende seiner Vertragslaufzeit unter Zahlung seiner vollen Bezüge von der Arbeit freigestellt wurde. Dies ist eine strukturelle Ungerechtigkeit, die die Machtverhältnisse in Erfurt deutlich zu Tage treten lässt

Es ist an der Zeit, Solidarität zu zeigen und sich tatsächlich für die Rechte und den Schutz der Betroffenen von Diskriminierung einzusetzen und der Gleichstellungsarbeit auch in Erfurt den wichtigen Stellungswert beizumessen, der in unserem Grundgesetz verankert ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Katrin Brüninghold als Bundessprecherin und  
Dr. Marie-Luise Löffler als Bundessprecherin